



Conseil International de la Chasse et de la Conservation du Gibier
Internationaler Rat zur Erhaltung des Wildes und der Jagd
International Council for Game and Wildlife Conservation

Deutsche Delegation im CIC

An den Oberbürgermeister und Stadtrat der Stadt Dortmund

14. Februar 2022

Sehr geehrter Herr Westphal, sehr geehrte Damen und Herren,

ich schreibe Ihnen als Leiter der deutschen Delegation des International Council for Game and Wildlife Conservation (CIC). Wir haben von einem Antrag der Bündnis 90/die Grünen-Fraktion im Dortmunder Stadtrat erfahren, der ein Moratorium für Jagdreise-Angebote auf Messe „JAGD&HUND“ zum Inhalt hat. Der CIC vertritt mit 1800 Mitgliedern aus 85 Ländern auch Staatsmitglieder, wie z.B. Namibia, das regelmäßig als Aussteller mit voller Unterstützung des namibischen Umwelt- und Tourismusministeriums (MET) auf der Messe „Jagd & Hund“ zugegen ist.

Der zur Entscheidung vorgelegte Antrag der Fraktion von Bündnis 90/die Grünen gefährdet das Einkommen und Leben von Menschen, den Schutz von Wildtieren und deren Lebensräumen, sowie die weltweite Artenvielfalt. Nachhaltige, regulierte Jagd sorgt für eine Inwertsetzung von Wildtieren, die sonst der Wilderei zum Opfer fielen und deren Lebensräume an Ackerbau und Viehzucht verloren gingen. Anbieter, wie sie auf der Messe „Jagd&Hund“ zu finden sind, sorgen auf den von ihnen bewirtschafteten kommunalen, staatlichen oder privaten Flächen dafür, dass Wildbestände stabil bleiben, Lebensraum erhalten wird und Jobs und Einnahmen in Regionen dieser Welt, in denen Armut herrscht, geschaffen werden.

Mitnichten verstossen Jagdreiseangebote auf der Messe gegen deutsche Gesetze: Das Wildmanagement, einhergehend damit auch das Erlegen von Wildtieren zur Nahrungsmittelgewinnung, Vermeidung von Schäden in Land- und Forstwirtschaft, der Eindämmung von Seuchen (z. B. Afrikanische Schweinepest) und zum Erhalt eines artenreichen und gesunden Wildbestandes, sind ein „vernünftiger Grund“ im Sinne des Tierschutzgesetzes. Dies gilt für Wildmanagement hierzulande, aber auch im Ausland. Anders als in dem Antrag auf ein Moratorium suggeriert, wird Wild, das im Zuge von Wildmanagement erlegt wird, vollumfänglich verwertet. Landeigentümer in Afrika oder auch in Europa erlauben Gästen die Erlegung von Wild auf ihrem Grund und Boden. Ähnlich wie durch die Verpachtung von Jagdrevieren hierzulande erzielen sie damit einen Ertrag aus dem Land, der es ihnen ermöglicht, auf andere, umweltschädliche Landnutzungen zu verzichten. Die Messe „JAGD&HUND“ setzt bereits heute hohe Standards in jagdethischen Fragen, wie beispielsweise durch das Verbot von Angeboten für „Canned Lion Shooting“, das von allen

weltweit führenden jagdlichen Organisationen abgelehnt wird und keine Jagd ist. Die im Antrag behaupteten "nachweislichen" negativen Auswirkungen der Auslandsjagd treffen nicht zu.

Zum geforderten Moratorium stellen wir im Einzelnen fest:

1. Erst im November vergangenen Jahres wandten sich 50 Repräsentanten aus sieben südafrikanischen Ländern an die Bundesspitzen von SPD, FDP und Bündnis 90/die Grünen mit einem [offenen Brief](#). Die Unterzeichner - darunter Bürgermeister aus Botswana und Sprecher der CAMPFIRE- und Conservancy-Projekte in Simbabwe und Namibia - stellen klar, dass "durchschnittlich 50 bis 90 Prozent der wirtschaftlichen Anreize zum Wildtierschutz aus nachhaltiger, regulierter, humaner und wissenschaftlich überwachter Jagd stammen. Dies hat in den Ländern des südlichen Afrikas zu einem Anstieg von Wildtierbeständen und der Erweiterung ihrer Lebensräume um 80 Prozent geführt." Weiterhin verlangen sie ein Ende der Verunglimpfung ihrer weltweit anerkannten Erfolge im Naturschutz. Sie fordern die sofortige Anerkennung ihres grundlegenden Menschenrechts auf nachhaltige Nutzung ihrer natürlichen Ressourcen, von denen die Lebensgrundlagen ihrer Bevölkerung abhängt: **"Alles andere bedeutet, die Rechte von Tieren über die Rechte von uns Afrikanern zu stellen."** Vorhaben wie das angedachte Moratorium werden als neokolonialistische „Angriffe“ auf die Lokalbevölkerung angesehen.
2. In einem am 11. November 2021 [veröffentlichen Schreiben](#) (ebenfalls an die Spitzen von SPD, FDP und das Bündnis 90/die Grünen adressiert) der Weltnaturschutzunion (IUCN), nimmt die Kommission "Sustainable Use and Livelihoods" (SULi) der IUCN deutlich Stellung zur Bedeutung nachhaltiger Jagd im internationalen Artenschutz: "Die Trophäenjagd trägt bei vielen Spezies zu deren Schutz bei." Die IUCN stellt weiterhin klar: "Wir glauben derzeit nicht, dass es in vielen der Gebiete, in denen die Trophäenjagd stattfindet, voll finanzierte, nachhaltige Alternativen gibt. Maßnahmen - einschließlich eines Verbots von Trophäenimporten - die der Branche schaden, können negative Folgen für den Artenschutz und die betroffenen Gemeinden haben. Ich möchte Sie dringend bitten, diese Überlegungen bei Ihrer Entscheidungsfindung zu berücksichtigen." Als Hauptbedrohungen nennt die IUCN Lebensraumverlust durch Ackerbau und Viehzucht, Wilderei sowie Mensch-Wildtier-Konflikte. Eine Unterstützung von Verboten von Jagdreisen, wie sie auf der "Jagd & Hund" angeboten werden, gefährdet somit Einkommen und Jobs der Lokalbevölkerung, die Sicherung von Wild-Lebensräumen oder die Lösung von Mensch-Tier-Konflikten.
3. Ebenfalls im November 2021 verwiesen [renommierte Wissenschaftler](#) der Universitäten Cheltenham, Oxford und Montana Vertreter der aktuellen Bundesregierung darauf, dass Jagdverbote und damit auch Verbote zur Einfuhr von Jagdtrophäen den Kampf um die biologische Vielfalt massiv gefährden würden. Regulierte Jagd garantiere Lebensmittelsicherheit und Jobs hunderttausender Menschen, Sorge für den Schutz von Lebensräumen und vor Wilderei und trüge maßgeblich zur Lösung von Konflikten mit gefährlichen Wildtieren bei. Jagd schützt aktuell Lebensräume auf einer Fläche von 3,8 Millionen Quadratkilometern im südlichen Afrika- das entspricht der zehnfachen Größe

Deutschlands. Prof. Amy Dickman, Prof. Adam Hart und Catherine Semcer teilen sich ihre Ansicht mit über 130 Wissenschaftlern und praktischen Artenschützern im Feld.

4. In einer [Informationsbroschüre](#) der IUCN aus dem Jahr 2016 erläutert die IUCN detailliert, wie sich Jagdverbote negativ auswirken können auf Artenschutz, Bekämpfung der Wilderei vor Ort sowie Rechte und Lebensgrundlagen indigener und lokaler Gemeinschaften. Das Schreiben liegt auch in deutscher Fassung vor. Auch das Washingtoner Artenschutzübereinkommen (CITES), zu dessen Umsetzung Deutschland verpflichtet ist und das die Bejagung von unter CITES aufgeführten Spezies einer strengen Kontrolle unterwirft, betont, dass diese bejagt werden können, wenn dies ihrem Erhalt dient. Keine bejagte Art wird durch Jagd in ihrem Bestand gefährdet, das Gegenteil ist der Fall: Dort, wo nachhaltige, regulierte Jagdsysteme etabliert sind, steigen Wildbestände oder sind auf hohem Niveau stabil. Dies gilt gerade für CITES-gelistete Arten wie Elefant oder Giraffe, aber auch für weniger im Fokus des öffentlichen Interesse stehende wie Markhor oder Argali. An der Umsetzung des Washingtoner Artenschutzabkommen besteht auch künftig kein Zweifel, wie das Auswärtige Amt in einem [aktuellen Schreiben](#) feststellt.
5. Zur der dem Antrag zugrundeliegenden Meinungsumfrage der „Humane Society International“ (die ihre Spendengelder offshore verwaltet, um breit angelegte Kampagnen zu unterhalten, selten aber bei praktischem Vor-Ort-Artenschutzprojekten in Erscheinung tritt) unter etwas über 2000 deutschen Erwachsenen ist festzustellen: Sie mag selbst bei der geringen Anzahl Befragter als „repräsentativ“ gelten- das Ergebnis ist bei der Komplexität des Themas aber vorhersehbar, da der durchschnittliche Bundesbürger Zusammenhänge nicht kennt und sich über die Auswirkungen eines Verbots der Jagd nicht bewusst ist. Würde eine solche „Umfrage“ unter der Lokalbevölkerung [südafrikanischer](#), asiatischer oder nordamerikanischer Länder durchgeführt, sprächen sich diese sehr wahrscheinlich mit einem ähnlich hohen Prozentsatz für die Jagd aus- außer vielleicht im gerne als Beispiel aufgeführten "jagdfreien" Kenia, das außerhalb seiner gut gesicherten Nationalparke und Schutzgebiete seit Einführung eines Jagdverbots 1976 80 Prozent seiner Wildbestände durch Wilderei und Verdrängung durch den Menschen verloren hat.
6. In Deutschland werden jährlich zwei Millionen Stück Schalenwild zur
 - a. Nahrungsmittelgewinnung,
 - b. Vermeidung von Schäden in Land- und Forstwirtschaft,
 - c. zur Eindämmung von Seuchen (z. B. Afrikanische Schweinepest) und
 - d. somit zum Erhalt eines artenreichen und gesunden Wildbestandes

nachhaltig und reguliert erlegt. Dem entgegen stehen gerade einmal ca. 120.000 Tiere, die von Gastjägern aus dem Ausland auf dem gesamten (!) afrikanischen Kontinent (und somit auf der 84fachen Fläche Deutschlands) erlegt werden – aus denselben vorgenannten Gründen zusätzlich zur Eindämmung von ausufernden Mensch-Wildtier-Konflikten. Diese Zahlen zeigen auch, dass die Auslandsjagd in Afrika keinesfalls den Wildbestand schädigt, wo sie verantwortlich reguliert und durchgeführt wird.

7. Anders als suggeriert, sind andere Formen des Öko-Tourismus, wie z. B. Fotosafaris, nachweislich kein adäquater Ersatz für nachhaltige, regulierte Jagdsysteme: Diese werden in Regionen eingesetzt, die aufgrund fehlender Infrastruktur (Straßen, Hotelanlagen, medizinische Versorgung), der Unsichtbarkeit von Wildtieren in ihrem natürlichen Lebensraum oder politischer und wirtschaftlicher Instabilität hierfür nicht geeignet sind. Auch das für die Überwachung der strengen CITES-Vorgaben verantwortliche [Bundesamt für Naturschutz](#) (BFN) kommt zu diesem Schluss und sagt: „Der Fototourismus stellt eine weitere Nutzungsform da, scheint aber bislang nicht dieselben monetären Erträge zu erzeugen und in der Praxis nicht überall realisierbar zu sein.“
8. Durch Jagdsysteme erhalten Kommunen, die außerhalb der touristischen Hotspots (Nationalparks oder Schutzgebiete mit ihren Überbeständen an Wildtieren um Fotomotive garantieren zu können) gelegen sind, auch die Möglichkeit, Einnahmen zu erwirtschaften (Gemeindebasierten Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen (CBNRM)). Forderungen nach Verboten von Jagdreisen gefährden somit erfolgreiche Projekte, wie beispielsweise das [Conservancy-Modell](#) Namibias oder CAMPFIRE in Simbabwe.
9. Auch hierzulande nehmen Gastjäger aus dem benachbarten Ausland (z.B. Holland, Dänemark, Österreich, Großbritannien) an bezahlten Jagden (z.B. bei den deutschen Bundes- oder Landesforsten) auf „Trophäenträger“ (z.B. Rot- und Damhirsch, Rehbock, Gams oder männliches Schwarzwild) teil. Diese Jagden werden auch auf der Jagdmesse in Dortmund angeboten. Wenn Sie sich gegen „Trophäenjagd“ im Ausland wenden und dann beispielsweise Afrikanern verbieten wollen, ihre Jagden in Deutschland anzubieten, messen Sie mit zweierlei Maß zuungunsten Afrikas und seiner Bewohner.

Im Interesse der von einer solchen Entscheidung betroffenen Menschen und Wildtiere darf das Angebot von Jagdreisen auf der „JAGD&HUND“ auf keinen Fall in Frage gestellt werden. Ein solches Vorhaben gefährdet erfolgreiche Artenschutzkonzepte weltweit und die Lebenssituation hunderttausender Menschen.

Der CIC als beratendes internationales Organ steht Ihnen bei künftigen Fragen um den weltweiten Artenschutz gern als unabhängige und politisch ungebundene Organisation zur Verfügung. Weitere - tagesaktuelle - Informationen finden sich auf unserer Website www.cic-wildlife.de. Um einen visuellen Eindruck von der Komplexität des Themas zu erhalten, empfehlen wir eine [Dokumentation](#) des südafrikanischen Regisseurs Phil Hatting (SouthernXFilms).

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Steffen Koch

